

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Neuer Aufschwung - neue Sorgen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1972) : Neuer Aufschwung - neue Sorgen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 5, pp. 224-225

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134392>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Neuer Aufschwung – neue Sorgen

**W**er heute das nahe Bevorstehen eines neuen Konjunkturaufschwungs vorhersagt, wird damit möglicherweise offene Türen einrennen. Seit Wochen ist der Stimmungswandel in der Wirtschaft Anlaß weitreichender Spekulationen. Bessere Stimmung wird dabei oft mit besserer Lage gleichgesetzt. In solcher Vereinfachung steckt zwar ein Körnchen Wahrheit, denn Konjunktur ist bekanntermaßen nicht zuletzt eine Sache der Psychologie. Aber etwas mehr als die Beobachtung eines Stimmungswandels gehört schon dazu, einen „Wendepunkt“ in der Konjunkturkurve zu diagnostizieren. Erst wenn die umfassende Analyse aller Bestimmungsgründe das verbreitete Vorurteil bestätigt, kann man den neuen Aufschwung getrost ins Kalkül einbeziehen. Das Ergebnis einer solchen Analyse hat die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute Anfang Mai vorgelegt. Darin heißt es: Der konjunkturelle Abschwung geht zu Ende, der neue Aufschwung scheint früher einzusetzen, als noch im vergangenen Herbst erwartet wurde.

Die Diagnose der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute – DIW-Berlin, HWWA-Hamburg, Ifo-München, I. f. W.-Kiel und RWI-Essen – war erheblich erschwert durch mehrere Sondereinflüsse, die die eigentliche Konjunkturbewegung überdeckten. Zu berücksichtigen waren Reaktionen auf den Metallarbeiterstreik, auf die Washingtoner Währungsbeschlüsse und auf den amerikanischen Hafentarbeiterstreik, aber auch der Einfluß des ungewöhnlich milden Winters. In der Tat war in den vergangenen Monaten nicht alles „Konjunktur“, was anstieg. Aber auch nach näherungsweise Herausrechnung solcher Wirkungen von Sondereinflüssen blieb die Feststellung, daß die expansiven Kräfte wieder die Oberhand bekommen haben.

Auch diesmal ist das Umschlagen der Konjunktur nicht „von selbst“ vor sich gegangen. Eine wichtige Rolle haben offensichtlich die Beschlüsse der Washingtoner Währungskonferenz vom vergangenen Dezember gespielt, also ein gewissermaßen „exogenes“ Ereignis. Der Stimmungswandel begann unmittelbar danach. Doch darüber sollte nicht vergessen werden, daß auch im eigenen Lande einiges getan worden ist, was der Stimmung zumindest ebenso sehr Auftrieb geben konnte. Schon seit dem Herbst vergab der Bund wieder verstärkt Bauaufträge. Expansive Maßnahmen der staatlichen Konjunkturpolitik mit erheblichem „Ankündigungswert“ wurden zunächst von Kabinettsmitgliedern, dann im Jahreswirtschaftsbericht in Aussicht gestellt. Und die Bundesbank ging mit Rücksicht auf Wechselkurs und Zahlungsbilanz zur Zinssenkungspolitik über. Erst das alles zusammen, dazu auch der Lohnabschluß in der Metallindustrie – der wieder verbesserte Gewinnchancen verhielt –, erklärt die Wende.

Daß der konjunkturelle Abschwung ohne Rezession beendet werden konnte, darf als Erfolg verbucht werden. Um so höheren Stellenwert bekommt nun aber das Stabilitätsproblem. Die Preisentwicklung läßt jedoch keineswegs einen grundlegenden Tendenzwandel erkennen. Die Erzeugerpreise stiegen zwar in letzter Zeit relativ wenig an, doch bei den Verbraucherpreisen ist das Anstiegstempo immer noch beunruhigend. Allerdings eröffnet gerade die erste Phase eines neuen

Aufschwungs günstige Perspektiven für die Stabilität. Der Produktivitätsanstieg beschleunigt sich, der Lohnanstieg tut das erst später, der Kostendruck — der im Abschwung dominierend für die Preisentwicklung war — läßt erheblich nach. Deutlich wird das im schwachen Anstieg der industriellen Erzeugerpreise zum Ausdruck kommen. Aber damit ist die Beruhigung der Preise auch schon weitgehend erschöpft. Die Baupreise nämlich werden, angetrieben durch exzessive Steigerungen des Lohnaufwandes im Baugewerbe — die die Arbeitgeber im Vertrauen auf die Überwältzbarkeit widerstandslos konzedierte haben —, sehr bald wieder in Bewegung kommen. Und die Erzeugerpreise für Agrargüter werden als späte Konsequenz der allgemeinen Kostensteigerungen und der Preiserhöhungen in den anderen Bereichen der Wirtschaft heraufgesetzt.

Welche Perspektiven eröffnen sich unter diesen Umständen für die Verbraucherpreise? Der Handel hat relativ hohe Lohnzugeständnisse gemacht; er wird sie auf den Verbraucher überwälzen wollen. Staatlich beeinflusste Gebühren steigen, die Tabaksteuer wird erhöht, die Nahrungsmittel werden teurer, die Mieten klettern weiter. Ergebnis: bis Ende dieses Jahres ermäßigt sich die Anstiegsrate im Vorjahrsvergleich bestenfalls auf etwa  $4\frac{1}{2}\%$ . Was danach kommt, hängt von dem dann erreichten Stand des Aufschwungs ab. Entfaltet er sich einigermaßen langsam, dann kann 1973 die Beruhigung der Preisentwicklung weitergehen. (Es wäre jedoch illusorisch, damit die Vorstellung einer Anstiegsrate von  $3\%$  pro anno oder gar weniger zu verbinden). Doch gegenwärtig kann man die Intensität des neuen Aufschwungs noch nicht absehen. Nur eines ist schon jetzt klar: der milde Abschwung hat wenig Kapazitäts- und Beschäftigungsreserven hinterlassen. „Nicht von der Hand zu weisen ist die Gefahr, daß die Nachfrage verhältnismäßig früh wieder an die Grenzen des Produktionspotentials stößt mit der Folge, daß sich dann der Kosten- und Preisanstieg rasch wieder beschleunigt . . . Das Problem der Gegensteuerung könnte sich also früher als in vergangenen Aufschwungsperioden stellen.“

Diese Warnung gilt nicht für heute und morgen, sondern für eine Zeit, die — je nach dem Tempo des Aufschwungs — vermutlich zwischen drei und sechs Vierteljahre vor uns liegt. Damit ist es einigermaßen wahrscheinlich, daß die Notwendigkeit zum Gegensteuern in die Phase des Bundestagswahlkampfes fällt. Das wäre nach den bisherigen Erfahrungen verhängnisvoll. Restriktionen sind fast immer unpopulär, oder besser gesagt: bei einflußreichen Interessentengruppen unbeliebt. Wieviel mehr gilt das für rechtzeitige Bremsmaßnahmen, die ja zu einer Zeit ergriffen werden müssen, wenn die meisten Beobachter der Szene noch gar keinen Grund dafür entdecken können! Es ist schwer vorstellbar, daß eine solche Politik in Wahlkampfzeiten möglich sein sollte. Zumal es der (jeweiligen) Opposition ein leichtes wäre, sie mit vermeintlich einleuchtenden Argumenten — eben mit dem Hinweis auf die gar nicht zu sehenden Gründe — zu diffamieren. So besteht die Gefahr, daß der richtige Zeitpunkt zum Eingreifen auch diesmal verpaßt werden wird.

Die Skepsis wird nicht kleiner, wenn man die verfügbaren Instrumente Revue passieren läßt. Die Notenbank hat alle Hände voll zu tun, den neuen Leitkurs der DM zu verteidigen. Ihr Spielraum für binnenwirtschaftlich motivierte Kreditrestriktionen wird von der Zinspolitik anderer Länder, vor allem der USA bestimmt. Nur wenn diese Hochzinspolitik betreiben, kann es die Bundesbank auch; andernfalls strömen Devisen herein. Bleibt die Finanzpolitik. Ausgabenbeschränkung bedeutet hier nach der bisherigen Erfahrung immer Beschränkung lebenswichtiger Infrastrukturmaßnahmen. Die Forschungsinstitute weisen daher auf die Notwendigkeit hin, das Schwergewicht auf die Einnahmenseite zu legen, also auf die Steuerpolitik. Die ersten Reaktionen auf diese Empfehlung zeigen, daß der Leitsatz „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“ weiterhin die konjunkturpolitische Diskussion beherrschen dürfte. Erinnert man schließlich an die mangelhafte wettbewerbspolitische Flankierung und die künftig wohl fehlende außenwirtschaftliche Absicherung der Konjunkturpolitik, dann bieten sich triste Perspektiven. Doch das ist der Status quo. Er mag zu ändern sein, wenn immer mehr Leuten in unserem Lande klar wird, daß der Preis für eine Wirtschaftspolitik allseitiger Rücksichtnahme beschleunigte Geldentwertung ist.